



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 9. Juni 1887.

Nr. 262.

Deutscher Reichstag.

38. Plenarsitzung vom 8. Juni.

Das Haus und die Tribünen sind spärlich besetzt.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär von Bötticher nebst Kommissarien

Präsident v. Wedell-Piesdorff eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die zweite Beratung der Arbeiterbeschützungs-Gesetzgebung betreffenden Anträge der Abgeordneten Hise (Zentrum) und Lohren (deutsche Reichspartei).

Es handelt sich zunächst um eine anderweitige Fassung des § 135 der Gewerbeordnung; nach den Beschlüssen der Kommission soll dieser Paragraph folgenden Wortlaut erhalten: „Kinder unter 12 Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. — Vom 1. April 1890 ab ist diese Beschäftigung nur Kindern zu gestatten, welche das 13. Lebensjahr vollendet und ihrer landesgesetzlichen Schulpflicht genügt haben. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen Kinder, welche zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind, in Fabriken nur dann beschäftigt werden, wenn sie in der Volksschule oder in einer von der Schulinspektionsbehörde genehmigten Schule und nach einem von ihr genehmigten Lehrplane einen regelmäßigen Unterricht von mindestens 3 Stunden täglich genießen. — Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren darf die Dauer von 6 Stunden täglich nicht überschreiten. — Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden. — Wäscherinnen dürfen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden.“

Die Abgg. Meister, Kräder und Schumacher (sämtliche Sozialdemokraten) beantragen für den Paragraphen folgende Fassung: „Vom 1. April 1890 ab ist diese Beschäftigung nur Kindern zu gestatten, welche das 13. Lebensjahr vollendet und ihrer landesgesetzlichen Schulpflicht genügt und durch ärztliches Attest ihre physische und geistige Tauglichkeit für die zu übernehmende Arbeit beigebracht haben. Der Gewerbe-rath des betreffenden Aufsichtsbezirkes, in welchem ein Kind zur Arbeit zugelassen werden soll, hat das betreffende Attest durch seine Unterschrift zu beglaubigen und die Ärzte zu bestimmen, welche die Tauglichkeitsatteste auszustellen haben. Das Honorar für solche Atteste darf den Betrag einer Reichsmark nicht übersteigen. Bis zu diesem Zeitpunkt u. s. w.“

Abg. Niehammer (nat.-lib.) beantragt, die 4 ersten Absätze der Kommissionsbeschlüsse zu § 135 der Gewerbeordnung, soweit es sich um eine Aenderung der jetzigen Bestimmungen handelt, abzulehnen und dagegen in der von der Kommission beantragten Resolution, „die verbündeten Regierungen zu eruchen, thunlichst bald dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Beschäftigung von Kindern im Gewerbe außerhalb der Fabriken unter der nöthigen Rücksichtnahme auf die körperliche, sittliche und intellektuelle Entwicklung der Kinder geregelt wird.“ hinter den Worten „von Kindern“ die Worte einzufügen: „in Fabriken und.“

Berichterstatter Abg. Dr. Hartmann (deutschkons.) befürwortet unter Bezugnahme auf den vorliegenden gedruckten Bericht die Annahme des § 135 in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse, während er sich gegen den sozialdemokratischen Änderungsantrag, welcher sich nicht in der Richtung der Mehrheitsbeschlüsse bewege, glaubt aussprechen zu sollen.

Abg. Hise (Zentrum) erklärt, daß er und seine Partei zur Zeit darauf verzichten, ihre ursprünglichen Anträge gegenüber den in der Kommission beschlossenen Aenderungen aufrecht zu erhalten, sondern sich einwillen mit den Kommissionsbeschlüssen begnügen würden. Redner spricht sich im Verfolg seiner Ausführungen für einen möglichst weitgehenden Arbeiterschutz aus, der zweifellos kommen müsse mit oder ohne die Industriellen; des weiteren tritt er im Interesse der notwendigen Entwicklung des Familienlebens für eine thunlichste Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit e.a.

Abg. Schmidt-Eberfeld (deutschfrei.)

plaidirt für völlige Beseitigung der Kinderarbeit, welche durchaus entbehrlich sei, sobald die erwachsenen Arbeiter angemessene Löhne erhielten; eine Industrie, welche nur unter Aufrechterhaltung der Kinderarbeit prosperiren könne, sei nicht weiter existenzwürdig.

Abg. Merbach (deutsche Reichspartei) tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen, indem er ausführt, daß die Industrie bei der heutigen Produktionsweise auf die Kinderarbeit nicht verzichten könne; Redner spricht sich indessen im Sinne der Resolution aus.

Abg. Niehammer (nat.-lib.) befürwortet seinen Antrag, während er von der Annahme des § 135 in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse nur eine Verschärfung der beklagten Uebelstände erwartet.

Sächsischer Bevollmächtigter zum Bundesrathe Graf v. Hohenthal vermahnt die königlich sächsische Regierung gegen den von dem Abg. Schmidt (deutschfrei.) erhobenen Vorwurf, daß dieselbe die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Kinderschutzes in lazer Weise handhabt, auf das energischste; derselbe spricht sich sodann für die Annahme des Antrages Niehammer aus.

Abg. Klemm-Sachsen (kons.) erklärt, daß er bezüglich der Frage der Kinderarbeit nicht auf dem Standpunkt des Industriellen, sondern auf dem der Eltern und Kinder stehe und daher der Ansicht sei, daß die Kinder gegen übermäßige Ausbeutung ihrer Arbeitskraft geschützt werden müßten. Sobald nur erst das zur Zeit noch vorhandene Mißtrauen geschwunden sei, so werde sich gewiß eine Regelung der Frage der Kinderarbeit in einer Weise ermöglichen lassen, welche auf die Zustimmung der Interessenten werden rechnen können. Was sodann die auf dem Gebiete der Hausindustrie gerügten Uebelstände betreffe, so habe man gemeint, die betreffende Gesetzgebung müsse vor der Familie Halt machen, und es sei ja richtig, daß diese Meinung eine gewisse Berechtigung haben müsse; allein auch hier würden sich Mittel und Wege finden lassen, welche eine angemessene Beschränkung der Kinderarbeit im Hause ermöglichen. Da es sich indessen hier um eine Aufgabe handle, welche in qualitativer wie in quantitativer Hinsicht die Kräfte eines Einzelnen erheblich überstiegen, so glaube er, daß die Kommission mit der beschlossenen Resolution das Richtige getroffen habe, indem sie unter Bezeichnung der zu verfolgenden Ziele die Regierung auffordere, die geeigneten Schritte zur Erreichung derselben zu thun. Dagegen werde er für die Resolution stimmen, während er den Niehammer'schen Erweiterungsantrag abzulehnen bitte. (Beifall rechts.)

Nachdem sich Abg. Cegielski (Pole) für die Kommissionsbeschlüsse ausgesprochen, befürwortet

Abg. Meister (Sozialdem.) seinen Änderungsantrag, indem er ausführt, daß, wenn nicht der Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter seitens der Arbeitgeber gesteuert werde, man Zuständen entgegensehen müsse, wie sie jetzt in Belgien zu Tage getreten seien.

Abg. Dr. Miquel (natlib.) ist bereit, für die Kommissionsbeschlüsse zu stimmen, falls nicht dem Bundesrathe die Befugniß verkürzt werde, nothwendig erscheinende Ausnahmsbestimmungen zu treffen; er vertritt des Weiteren die Ansicht, daß alle zu einem ausreichenden Arbeiterschutz erforderlichen Maßregeln auf dem Wege einer weisen Gesetzgebung durchgeführt werden könnten und jetzt unter Exemplifikation auf die englischen Verhältnisse auseinander, daß die Industrie auch nach Einführung des zu fordernden Arbeiterschutzes in der Lage sei, zu prosperiren.

Abg. v. Kleist-Regow (kons.) tritt mit warmen Worten für die Beschlüsse der Kommission ein, da er in der hier inaugurierten Gesetzgebung die Ausführung der Allerhöchsten kaiserlichen Botschaft erblickt. Gerade der Arbeiterschutz sei von der einschneidendsten sozialreformatorischen Bedeutung, denn es handle sich darum, dem Arbeiter die Möglichkeit zur Erziehung seiner Kinder zu gewähren. Der Arbeiter dürfe nicht wie eine Maschine behandelt werden, die Arbeit müsse von seinem Willen abhängig gemacht und er physisch der Lage erhalten werden, sich die nöthige geistige Energie für eine zweckentsprechende Ausführung der körperlichen Arbeit zu verschaffen

und der Frau müsse die Möglichkeit gewährt sein, durch Sparsamkeit und häusliche Fürsorge zur Erhaltung der Familie beizutragen. Man möge sich bei diesen Bestrebungen nicht durch die Verhältnisse in der Hausindustrie schrecken lassen und auch nicht erst auf internationale Vereinbarungen warten, denn die Wirkung der sozialen Reform sei eine so überwältigende, daß die anderen Kulturstaaten uns zweifellos nachfolgen müßten. Redner weist sodann bezüglich der von ihm gewünschten Beseitigung der Sonntagsarbeit auf England hin, wo doch trotz der absoluten Sonntagsruhe die Industrie aufs beste florire; er bitte den Kommissionsbeschlüssen beizutreten. (Beifall rechts.)

Nachdem sich sodann Abg. Dr. Baumbach (deutschfrei.) im Gegensatz gegen seinen Fraktionsgenossen Schmidt gegen und Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) im Sinne der Ausführungen seines Fraktionsgenossen Hise für die Kommissionsbeschlüsse ausgesprochen, wurden unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages die vier ersten Absätze des § 135 in der Fassung der Kommission angenommen.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.

Tagesordnung: Arbeiterschutzgesetz und Petitionen, außerdem noch kleinere Vorlagen.

Schluß 5 1/4 Uhr.

Deutschland

Berlin, 8. Juni. Prinz Wilhelm kam Dienstag Nachmittag zu mehrstündigem Aufenthalte von Potsdam nach Berlin und stattete auch im königlichen Palais einen längeren Besuch ab.

Die Großherzogin von Baden besuchte Dienstag gelegentlich einer Ausfahrt das Magdalenen-Stift, wo die hohe Frau längere Zeit verweilte. Demnächst beehrte die Großherzogin das Magazin für Berliner Kunstgewerbe, Unter den Linden 54—55, mit einem längeren Besuch und speiste, nach dem königlichen Palais zurückgekehrt, mit dem Prinzen Wilhelm.

Die „Deutsche medizinische Wochenschrift“ bringt in ihrer neuesten Nummer über die klimatischen Verhältnisse Neu-Guineas beachtenswerthe Aufschlüsse, welche sich auf sorgfältige Beobachtungen eines deutschen Arztes, Dr. D. Schellong, stützen. Derselbe faßt das Ergebnis seiner Untersuchungen wie folgt zusammen:

„Alles in Allem genommen, so möchte ich mich einstweilen dahin resumiren, daß man mit der Malaria in Kaiser-Wilhelmsland als mit einer durch klimatische Einflüsse bedingten häufigen Erkrankung wohl auch weiterhin zu rechnen haben wird, daß man aber in Rücksicht auf die verhältnismäßig leichte Form, in welcher dieselbe meist aufzutreten pflegt, ernstliche Bedenken gegen die Akklimatisationsmöglichkeit des Europäers nicht hegen, vielmehr der zversichlichen Hoffnung Raum geben darf, daß mit der festeren Konsolidation der kolonialisatorischen Grundlage auch in dieser Hinsicht günstigere Verhältnisse eintreten werden. Die ungleich wichtigere Frage ist die, was sich dem neuen Lande sonst für eine Zukunft erschließt; mit der vorschreitenden Lösung dieser Frage wird sich diejenige der Akklimatisationsfähigkeit, wenigstens für die Malaria, von selbst lösen.“

Der seitens des Reichstages noch zu erledigende Gesetzentwurf über den Ausschluß der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen hat eine Tragweite, auf welche bisher weder im Reichstage und dessen zur Vorberatung der Vorlage eingesetzten Kommission, noch in der Tagespresse aufmerksam gemacht worden ist. Wir erfahren darüber Folgendes: In den preussischen Gesetzen vom 3 Juli 1875 betreffend den Oberverwaltungsgerichtshof und vom 2. August 1880 betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und des Verwaltungsstreitverfahrens, ist beiden Gerichtshöfen die Ermächtigung erteilt, die Öffentlichkeit der Verhandlung durch einen zu verlegenden Beschluß auszuschließen, wenn dies aus Gründen des öffentlichen Wohles oder der Sittlichkeit für angemessen erachtet wird. In beiden Gesetzen ist über die Bestimmung hinzugefügt: „Anschließend bleiben rücksichtlich der gewerbepolizeilichen Streitigkeiten die Bestimmungen der §§ 20, 21 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869.“

Nach diesen Paragraphen haben die Entscheidungen in öffentlicher Sitzung zu erfolgen. Seitens des Ober-Verwaltungsgerichts ist nun, bevor der Gesetzentwurf über die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen an den Reichstag gelangte, an maßgebender Stelle zur Sprache gebracht worden, daß durch die Öffentlichkeit der mündlichen Verhandlungen in denjenigen Angelegenheiten, auf welche die §§ 21 und 22 der Gewerbeordnung Anwendung finden, insbesondere bei der Entziehung von Konzessionen zum Betriebe der Gast- und Schankwirtschaft, sowie bei der Zurücknahme der Prüfungszeugnisse der Hebammen, Uebelstände entstanden seien. Nach den bei dem Oberverwaltungsgericht gemachten Erfahrungen wird die Entziehung der Gast- und Schankwirtschaftskonzessionen von den Polizeibehörden häufig deshalb beantragt, weil der Inhaber sein Gewerbe zur Förderung von Unstittlichkeit gemißbraucht hat, und es nehmen die Verhandlungen hierüber meistens einen Charakter an, welcher nach der Ansicht des Oberverwaltungsgerichts eine allgemeine Betheiligung des Publikums im Interesse des öffentlichen Anstandes und der Sittlichkeit nicht wünschenswerth erscheinen läßt. Man trat deshalb an maßgebender Stelle der Frage näher, ob sich eine Abänderung der Gewerbeordnung in der Richtung empfehlen würde, daß ähnliche Bestimmungen für die Verhandlungen vor den Verwaltungsgerichten auch in gewerbepolizeilichen Angelegenheiten, auf welche die §§ 21 und 22 der Gewerbeordnung Anwendung finden, in Kraft treten, wie sie im Gerichtsverfassungsgesetz (§§ 173 bis 176) enthalten sind, und die Bezirksverwaltungsgerichte wurden zur gutachtlichen Berichterstattung aufgefordert. Hiernach dürfte es kaum einem Zweifel unterliegen, daß nach erfolgtem Zustandekommen des jetzt dem Reichstage vorliegenden Gesetzentwurfs eine entsprechende Beschränkung der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte beantragt werden wird. Den Weg dahin hat bereits die Kommission des Reichstages zur Vorberatung jenes Gesetzentwurfs betreten, indem sie den Art. 3 der Vorlage, in welchem nur von Gerichtsverhandlungen die Rede ist, dahin abgeändert hat, daß über Gerichtsverhandlungen einschließlich der Verhandlungen vor den Verwaltungsgerichten, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden haben, Berichte durch die Presse nur mit Erlaubniß des Gerichts nach Anhörung der Staatsanwaltschaft veröffentlicht werden dürfen.

Die Nachrichten aus dem Kohlenbezirk von Charleroi lauten seit einigen Tagen so günstig, daß man jetzt wohl an das Ende des Streiks in jener Gegend glauben darf. Der Streikschuß der vereinigten Arbeitergenossenschaft hat den Bürgern die Thatsache des Erlöschens des Streiks öffentlich mitgeteilt und die Arbeitgeber zugleich aufgefordert, mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen, um den Sturz des Kabinetts Bernaert und die Auflösung der Kammer zu erzwingen. Für den Fall, daß nicht in aller Kürze die Regierung den Forderungen der Arbeiter gerecht werden sollte, wird eine Wiederholung des Ausstandes in Aussicht gestellt. Diese Bestrebungen der Arbeiter werden unterstützt durch die agitatorische Wirksamkeit des Herrn Desfuisseaux, der aus Paris entwichen ist und sich wiederum an der belgischen Grenze aufhält. Daß im Borinage der Ausstand noch fortgesetzt wird, soll in erster Linie den durch die anarchischen Agenten aufgehetzten Weibern zuzuschreiben sein. Die Arbeiterfrauen und die selbstständigen weiblichen Arbeiter halten stürmische Versammlungen ab und vor ihrer Wuth konnten die in den Gruben zu Cuesnes, Frameries und Fleny noch arbeitenden Arbeiter nur durch Waffengewalt geschützt werden. Die Kohlenarbeiter im Borinage werden schlechter bezahlt, als sonst die Arbeiter auf den belgischen Kohlenfeldern, und sie bilden zugleich den am wenigsten intelligenten Theil der Bevölkerung. Daher finden dort die Agitatoren mit ihrer Vorrede, daß sich das allgemeine Wahlrecht und zugleich eine Lohnaufbesserung durch Gewalt und offene Auflehnung erzwingen lassen, den empfänglichsten Boden. Die Regierung ist entschlossen, vor der Hand wenigstens nicht nachzugeben; es sollen schleunigst Gesetze eingebracht werden, durch die das Tragen aufrührerischer Zeichen und Aufreizungen zu Unord-

